

**Sperrfrist: 26.11.2004 – 11.00 Uhr**

## **Die Wunden der Teilung sichtbar machen**

Vorschläge für ein Konzept der Erinnerung an die untergegangene SED-Diktatur

### **1. Berlin – Hauptstadt zweier Diktaturen**

Die Geschichte der Deutschen im 20. Jahrhundert ist geprägt von zwei Diktaturen mit totalitärem Machtanspruch: Nationalsozialismus und die ostdeutsche Spielart des Sowjetkommunismus. Hauptstadt beider Regime war Berlin.

Vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 regierten hier die Nationalsozialisten, die zuerst Demokratie und Rechtsstaat zerstörten, ihre inneren Gegner ausschalteten, dann einen Weltkrieg entfesselten und schließlich Millionen jüdischer Menschen in Vernichtungslagern töteten. Am Ende dieser Politik standen die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht und die militärische Besetzung Deutschlands.

Im sowjetisch besetzten Teil installierte diese Siegermacht eine neue, kommunistische Diktatur. Statt einen demokratischen Neuanfang zu ermöglichen, wurden Hunderttausende in Lager gesperrt oder in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit verschleppt; viele kehrten nie zurück. Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 war Ost-Berlin vierzig Jahre lang Hauptstadt eines kommunistischen Teilstaates, aus dem mehr als zwei Millionen Menschen flüchteten, in dem es über 200.000 politische Gefangene gab und an dessen Grenzen rund 1000 Menschen getötet wurden.

Die Reichweite der SED-Herrschaft endete an der befestigten Grenze zur Bundesrepublik und an der Mauer in Berlin. Im Westen Deutschlands und in den Berliner Westsektoren bekamen die Deutschen die Chance zum Aufbau einer parlamentarischen Demokratie. Die Teilung Deutschlands, die nirgendwo so sichtbar wurde wie in Berlin, demonstrierte deshalb auch jahrzehntelang den Gegensatz zwischen Freiheit und Diktatur. Erst mit der friedlichen Revolution in der DDR und dem Fall der Mauer am 9. November 1989 gewann die Freiheit die Oberhand, so dass die Wiedervereinigung aller Deutschen in einem gemeinsamen Staat möglich wurde.

### **2. Berlin und die Zeugnisse seiner Vergangenheit**

In keiner anderen deutschen Stadt sind die architektonischen Zeugnisse beider Diktaturen so dicht gestreut wie in Berlin. Da hier die Machtapparate ihre Zentrale hatten, stößt man bis heute auf ihre vielfältigen baulichen Hinterlassenschaften. Ein Spaziergang durch die Stadt ist zwangsläufig auch ein Gang durch die jüngere deutsche Geschichte.

Während Berlin in der Vergangenheit die Überbleibsel der dunklen Seiten seiner Geschichte eher schamvoll versteckt hat, ist in den letzten Jahren ein Bewusstseinswandel eingetreten: Orte wie das Haus der Wannseekonferenz, die Topographie des Terrors oder das Jüdische Museum, die auf unterschiedliche Weise an die nationalsozialistische Diktatur erinnern, wurden zu einem festen Bestandteil der historischen Erinnerungskultur. Das Mahnmal für die Opfer des Holocaust in unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tors, das kurz vor der Fertigstellung steht, markiert für alle sichtbar den vorläufigen Schlusspunkt dieser Entwicklung.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Wie jede Nation schöpfen auch die Deutschen ihre Identität zu einem erheblichen Teil aus dem Verständnis der eigenen Geschichte. Die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik ist ohne die Lehren aus der mörderischen Geschichte des Nationalsozialismus nicht denkbar. Die Abgrenzung von den Tätern sowie die Würdigung der Opfer und des Widerstands sind zu Säulen unserer politischen Kultur geworden. Dies war nicht immer so, sondern musste erst in einem langen und schwierigen Prozess in Jahrzehnten erlernt werden.

Doch nicht nur Berlin ist sich heute seiner jüngeren Geschichte mehr denn je bewusst. Auch die Besucher fragen immer häufiger nach den Spuren der Vergangenheit. Berlin-Touristen interessieren sich nicht nur für Shopping, Kulturveranstaltungen oder traditionelle Sehenswürdigkeiten, sondern wollen vielfach auch die dramatischen Geschehnisse des 20. Jahrhundert näher erkunden. Die Berliner Mauer steht im Interesse potenzieller Berlin-Touristen noch vor dem Brandenburger Tor an erster Stelle. Auch die Besucherzahlen des Jüdischen Museums oder des Museums am Checkpoint Charlie bestätigen auf eindrucksvolle Weise diesen Trend. Im eigenen, nicht zuletzt auch wirtschaftlichen Interesse sollte sich Berlin der neuen historischen Neugier nicht verschließen.

### 3. Berlin und die Erinnerung an die SED-Diktatur

Während die Zeit des Nationalsozialismus durch eine Vielzahl kleiner und großer Einrichtungen in den letzten Jahren erschlossen wurde, betritt man mit der Erinnerung an die SED-Diktatur immer noch Neuland. 15 Jahre nach dem Sieg der friedlichen Revolution in der DDR befinden wir uns noch mitten im Prozess, in dem Gegenwart zur Geschichte wird. Keine andere Stadt in Deutschland hat ihr Gesicht in den letzten Jahren so gewandelt wie Berlin. Die Grenzanlagen wurden geschleift und die äußerlichen Wunden der Teilung fast alle geschlossen. Selbst gebürtige Berliner haben mittlerweile Schwierigkeiten anzugeben, wo früher einmal die Mauer verlief. Zentrale Gebäude der einstigen Machthaber wie das, in dem das Zentralkomitee der SED residierte, oder das Haus der Ministerien sind heute vielfach nur noch als Sitz von Außen- und Finanzministerium bekannt.

Um so wichtiger ist es, in einer solchen Situation darüber nachzudenken, wie einmal in 20 oder 30 Jahren die Erinnerung an die Zeit der kommunistischen Diktatur und der Teilung den Nachgeborenen vermittelt werden soll. Schon heute zeigen sich viele Besucher irritiert, wenn sie im Stadtbild vergeblich nach der Berliner Mauer suchen. Doch nicht nur das Grenzregime mit dem Todesstreifen und den Wachtürmen ist nahezu unauffindbar geworden. Auch viele andere Orte kommunistischer Herrschaft haben ihr Gesicht bis zur Unkenntlichkeit verändert oder sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Wenn wir nicht aufpassen, vernichten wir selbst die Möglichkeit, die Geschichte auf authentische und sinnlich nachvollziehbare Weise wach zu halten.

Anders als beim Nationalsozialismus fehlt es für die Zeit der SED-Diktatur dabei bis heute an einem in der Gesellschaft breit verankerten Geschichtsbild, mit dem die Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden. Von denen, die Widerstand gegen das SED-Regime geleistet haben, zum Beispiel beim Volksaufstand am 17. Juni 1953, ist kaum ein Name bekannt. Die großartige gewaltfreie Freiheitsbewegung vom Herbst 1989, die zum Sturz der Mauer und der SED-Diktatur führte, wird nirgendwo in der Stadt gewürdigt. Die Abgrenzung von den Tätern blieb unzureichend und vieldeutig, so dass eine Verklärung der diktatorischen Vergangenheit zur „Heimat DDR“ möglich wurde. Vor allem aber mangelt es bis heute an einer angemessenen Würdigung der Opfer, die auch die Nachgeborenen sichtbar daran erinnert, dass diese mit ihrem Leben oder ihrer Gesundheit für das kommunistische System und die Teilung unseres Landes bezahlten.

Bei der Erinnerung an die Zeit der SED-Herrschaft geht es nicht um einen nachholenden Geschichtsunterricht – sie ist notwendig, um unsere Zukunft demokratisch zu gestalten. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Täter von gestern und ihre Opfer heute gemeinsam in diesem Land leben und es ihren Kindern aufgegeben ist, die Geschichte der Deutschen fortzusetzen. Von der Kraft der demokratischen Tradition, in der die Erinnerung an die beiden Diktaturen und ihre Folgen aufgehoben ist, hängt es ab, wie sie diesen Weg gestalten werden.

Der Berliner Senat hat es versäumt, bei diesem Thema frühzeitig entsprechende Weichenstellungen vorzunehmen. Nach der Wiedervereinigung der Stadt haben Regierung und Opposition eher eine abwartende Gleichgültigkeit an den Tag gelegt, als selber initiativ zu werden und die Rahmenbedingungen für ein angemessenes Erinnern zu schaffen. Erst in jüngster Zeit ist Bewegung in die Politik gekommen.

Das Museum „Haus am Checkpoint Charlie“ hat auf einem gepachteten Grundstück an der Berliner Friedrichstraße ein privates Mahnmal für die Mauertoten errichtet, das aus einem 144 Meter langem Stück Mauer über 1065 Holzkreuzen besteht. Während die Regierung dem Denkmal kritisch gegenüber steht, signalisieren Besucher und Vertreter von Opferverbänden Zustimmung; seine Zukunft ist bislang ungewiss. Die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus hat den Senat inzwischen aufgefordert, bis zum 30. April 2005 ein Gesamtkonzept zur öffentlichen Darstellung der jüngsten deutschen Geschichte vorzulegen. Gleichzeitig haben Abgeordnete des Deutschen Bundestags aus FDP, Bündnis 90/Die Grünen und CDU auf Initiative des SPD-Abgeordneten Stephan Hilsberg einen Antrag eingebracht, der am Brandenburger Tor einen zentralen Erinnerungsort für die Opfer der Mauer vorschlägt. Sie fordern die Bundesregierung und das Land Berlin auf, bis zum 13. August 2005 ein Rahmenkonzept vorzulegen.

Die überfällige Debatte um ein Berliner Gedenkstättenkonzept hat damit begonnen. Sie ist auch deshalb dringlich, weil an diversen Punkten akuter Handlungsbedarf besteht. Dabei kann es der Sache nur schaden, wenn sie zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen wird. Die Gemeinsamkeit aller Demokraten sollte sich gerade beim Umgang mit der diktatorischen Vergangenheit erweisen. Aus diesem Grund wollen wir mit diesem Papier aus der Sicht unabhängiger Experten Vorschläge für ein Konzept künftiger Erinnerung an die untergegangene SED-Diktatur machen und zur Diskussion stellen.

#### 4. Berlin braucht eine Bestandsaufnahme

Wenn wir die Erinnerung an die SED-Diktatur stärken wollen, brauchen wir zunächst eine Bestandsaufnahme dessen, was vorhanden ist. An einigen Punkten der Stadt wird schon heute professionell der Vergangenheit gedacht. An anderen Stellen arbeiten Provisorien, deren Zukunft ungewiss ist und die oft nur unzureichend ihren Aufgaben gerecht werden können. Schließlich gibt es Überbleibsel der jüngsten deutschen Geschichte, die es erst noch zu entdecken und zu erschließen gilt.

Zu den Einrichtungen, die schon heute eine wichtige Rolle bei der Erinnerung an die SED-Diktatur und die Zeit der Teilung spielen und deren Existenz gesichert scheint, gehören:

- das private Museum „Haus am Checkpoint Charlie“,
- die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen,
- das Informations- und Dokumentationszentrum der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen,
- das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst,
- das Alliiertenmuseum in Zehlendorf.

Zu den Einrichtungen, die schon heute auf dem Gebiet der Erinnerungsarbeit tätig sind, deren Zukunft aber nicht dauerhaft gesichert ist, zählen:

- die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstrasse,
- die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Strasse,
- die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde,
- der Tränenpalast am Bahnhof Friedrichstrasse,
- die Wachtürme in Berlin-Mitte und am Checkpoint Bravo.

Zu den Orten, die im Stadtbild zwar erhalten geblieben sind, aber für die historische Erinnerung gar nicht oder unzureichend erschlossen sind, gehören:

- die Mauerreste an verschiedenen Stellen des ehemaligen Grenzverlaufs,
- die alte und die neue Parteizentrale der SED an der Torstrasse bzw. am Werderschen Markt,
- das Staatsratsgebäude der DDR,
- die ehemalige Stalinallee, heute Frankfurter Allee,
- das frühere Haus der Ministerien und andere Schauplätze des Volksaufstands am 17. Juni 1953,
- die Gethsemanekirche, der Alexanderplatz und weitere Orte der friedlichen Revolution im Herbst 1989,
- das frühere Untersuchungsgefängnis in der Pankower Kissingenstrasse, das ehemalige Arbeitslager des Staatssicherheitsdienstes in Berlin-Hohenschönhausen und andere Haftorte der SED-Diktatur.

Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig, sondern im Rahmen einer umfassenden Bestandsaufnahme durch weitere zu ergänzen. Darüber hinaus muss sie durch Angaben über die gegenwärtige Nutzung, die jeweiligen Träger, die verkehrliche Anbindung und, sofern es um bereits in der Erinnerungsarbeit tätige Einrichtungen handelt, über die inhaltlichen Schwerpunkte, die Finanzierung und die Besucherzahlen ergänzt werden.

#### 5. Vorschläge für ein Konzept der Erinnerung

Wenn man die Zeit der Teilung und der kommunistischen Diktatur im Stadtbild besser sichtbar machen will, bedarf es dazu eines abgestimmten Konzeptes. Dieses muss aufzeigen, an welchen Stellen auf welche Weise der Zugang zur Geschichte eröffnet werden soll. Es muss Themenschwerpunkte benennen und Aussagen über die angestrebte Formensprache machen. Es muss nicht zuletzt Vorschläge machen, wie die über die Stadt verstreuten Orte der Erinnerung besser miteinander vernetzt werden können.

Aus unserer Sicht stehen dabei folgende Grundaussagen im Vordergrund:

*Erstens:* Die beste Form der Erinnerung bieten die authentischen Orte. Da die Wirkung des Originals durch nichts zu ersetzen ist, müssen die baulichen Hinterlassenschaften der SED-Diktatur bewahrt, erhalten und erschlossen werden. Die Möglichkeiten ihrer Präsentation reichen von speziellen *history*

*maps* und *history guides* über erläuternde Hinweistafeln bis hin zur Einrichtung kleiner Ausstellungen oder ganzer Museen. Zentrale und weitgehend unverändert erhalten gebliebene Orte wie die ehemalige Stasi-Zentrale in der Normannenstrasse und der Tränenpalast an der Friedrichstrasse müssen unbedingt durch solide Nutzungs- und Finanzierungskonzepte langfristig gesichert werden.

*Zweitens:* Geht man von den Themenschwerpunkten künftiger Erinnerung an die SED-Diktatur aus, stehen drei Komplexe im Vordergrund: Diktaturausübung und politische Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR; Geschichte der Teilung, der Mauer und der Fluchtbewegung in Berlin; Opposition und Widerstand vom Volksaufstand am 17. Juni 1953 bis zur friedlichen Revolution im Herbst 1989. Für jedes dieser Themen gilt es zu durchdenken: Wo sind authentische Orte erhalten geblieben, die darüber Auskunft geben können? Wo und wie können Besucher und Nachgeborene in professioneller Form darüber informiert werden? Wo und wie kann eine sichtbare und würdige Form des Gedenkens gestaltet werden?

*Drittens:* Berlin verfügt über eine Fülle historischer Orte, die an die Zeit der kommunistischen Diktatur und die Teilung der Stadt erinnern. Es kommt vor allem darauf an, diese Orte besser zu erschließen und stärker miteinander zu vernetzen. Ein Geschichts-Shuttle der BVG könnte die verstreuten Orte regelmäßig miteinander verbinden. Gedenkstätten könnten Reiseveranstalter fachlich qualifizieren und auf historische Sightseeing-Touren hinweisen. Verlage und Tourismusorganisationen könnten entsprechende Stadtpläne und Prospekte herausgeben. Museen und Gedenkstätten sollten auf ihre Angebote gegenseitig hinweisen. Sie sollten die Bezirke beraten, wie diese die noch unerschlossenen Orte sichtbar machen und durch ein funktionierendes Leitsystem verbinden können.

Unter den genannten Fragestellungen schlagen wir für die einzelnen Themenfelder folgende Lösungen vor:

### **A. Diktatur und politische Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR**

Die Geschichte politischer Verfolgung wird im früheren *Stasi-Gefängnis*, heute Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, und in der einstigen *Stasi-Zentrale*, heute Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstrasse, auf unmittelbare Weise anschaulich. Beide Orte stehen für unterschiedliche Aspekte des Terror- und Überwachungsapparates der Stasi. Sie müssen vor dem Verfall geschützt und für künftige Generationen bewahrt werden. Für Besucher der Stadt sollten beide Orte besser erschlossen werden, wofür die Einrichtungen aufgefordert sind, konkrete Vorschläge vorzulegen.

In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sollte das nationale Gedenken für die Verfolgten der kommunistischen Gewaltherrschaft konzentriert werden, während in der ehemaligen Stasi-Zentrale das Funktionieren der Diktatur im Mittelpunkt stehen muss. Neben der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes sollte hier auch die Geschichte der SED, ihre Entstehung, ihre totalitäre Ideologie und ihre Politik dargestellt werden. Diese haben bislang keinen Ort der Erinnerung, so dass die Diktaturpartei oft hinter ihrem „Schild und Schwert“ verschwindet. Die Zukunft des Gebäudes mit den früheren Räumlichkeiten Erich Mielkes muss gesichert werden, wozu seit langer Zeit zwei ausführliche Konzepte vorliegen, die zusammengeführt werden sollten. Das Land Berlin sollte zusammen mit dem Bund eine Arbeitsgruppe aus allen Beteiligten einrichten, die ein konkretes Nutzungs- und Finanzierungskonzept für das Gebäude erarbeitet.

Als Informationsort im Herzen der Stadt sollte das *Informations- und Dokumentationszentrum der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen* in der Mauerstraße dienen, in dem über die Tätigkeit der Stasi umfassend informiert wird. Vor allem für Berlin-Touristen muss es verstärkt als Anlaufstelle genutzt werden und diese zugleich zu den authentischen Wirkungsstätten der Stasi weiterleiten. Aber auch weniger bekannte Orte wie das frühere *Zentralkomitee der SED* oder das *Stasi-Gefängnis in der Prenzlauer Allee* müssen durch Tafeln, Wegweiser oder kleinere Ausstellungsbereiche sichtbar gemacht werden.

### **B. Geschichte der Teilung, der Mauer und der Fluchtbewegung in Berlin**

Die Geschichte der Teilung ist im *Mauermuseum* an historischer Stätte, dem Checkpoint Charlie, dokumentiert. Das neu errichtete *Mahnmal aus Holzkreuzen* sollte so lange erhalten bleiben, wie keine bessere Lösung des Gedenkens gefunden ist. Dadurch besteht die Chance, praktische Erfahrungen mit seiner Wirkung auf Einheimische und Besucher zu machen und Entscheidungen über die beste Formensprache der Erinnerung nicht – wie beim Denkmal für den Volksaufstand am 17. Juni – vom grünen Tisch zu treffen. Sollte es dauerhaft erhalten bleiben, müsste es durch einen Ort der Information er-

gänzt werden, in dem das DDR-Grenzregime erklärt und auf weitere Möglichkeiten, sich das Thema zu erschließen, hingewiesen wird.

Alternativ dazu steht das dem Bundestag vorgeschlagene *Denkmal mit den Namen der Mauertoten* in der Nähe des Brandenburger Tors. Sollten sich Bund und Land für diese Form zentrale Gedenkens entscheiden, schlagen wir vor, den Aufbau der Grenzanlagen der DDR durch eine museale Rekonstruktion auf dem Gelände am Checkpoint Charlie sichtbar zu machen. Für einen vertiefenden und stärker intellektuellen sowie pädagogischen Zugang sollte die *Gedenkstätte Berliner Mauer* an der Bernauer Strasse dauerhaft gesichert werden. Dasselbe gilt für die *Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde*, wo auf anschauliche Weise die Fluchtbewegung dargestellt wird.

### **C. Opposition und Widerstand vom Volksaufstand am 17. Juni 1953 bis zur friedlichen Revolution im Herbst 1989**

Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur sind bis heute in Berlin so gut wie gar nicht dokumentiert. Dadurch begibt sich die Stadt der Chance, gerade die positiven Seiten der DDR-Geschichte sichtbar zu machen und jene Menschen öffentlich zu ehren, die unter großem persönlichen Risiko für Freiheit und Demokratie gekämpft haben. Ein möglicher Ort für eine derartige Dokumentation könnte der *Tränenpalast* sein, der nicht nur zentral gelegen, sondern vor allem auch ein wichtiger historischer Ort ist. Eine Ausstellung des Hauses der Geschichte zu diesem Themenbereich liegt bereits vor und könnte dort als Dauerausstellung genutzt werden. Dabei ist auch deutlich zu machen, dass Flucht und Ausreise die zahlenmäßig gewichtigste Form des Protestes gegen die SED-Herrschaft waren.

Stärker erschlossen und sichtbar gemacht werden müssten auch die Schauplätze des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 wie das ehemalige Haus der Ministerien an der Leipziger Strasse (heute: Finanzministerium) oder die frühere Stalinallee (heute: Frankfurter Allee). Da die bestehenden Denkmale im Stadtbild kaum zu erkennen sind, plädieren wir dafür, die großformatigen Fototafeln am Finanzministerium zu erhalten oder ggf. zu erneuern, um sichtbar an die Ereignisse auf dem Vorplatz des Gebäudes sichtbar hinzuweisen. Darüber hinaus müssen aber auch die Orte der friedlichen Revolution im Herbst 1989 wie die Zionskirche, die Gethsemanekirche, die Samariterkirche oder der Alexanderplatz durch Hinweistafeln, Hörstationen und kleinere Ausstellungsbereiche erschlossen werden. Auch eine große Berliner Strasse sollte an den gewaltfreien Sturz der SED-Herrschaft vor 15 Jahren erinnern.

Nicht zuletzt sollte die Geschichte des Freiheitskampfes in Westberlin an den einschlägigen Plätzen und Gebäuden – von der Freien Universität Berlin über das Luftbrückendenkmal am Flughafen Tempelhof bis hin zum Rathaus Schöneberg mit der Freiheitsglocke – stärker sichtbar gemacht werden. Auch hierzu liegen bereits konkrete Vorschläge vor, und die Freie Universität Berlin hat erst jüngst in einer Ausstellung an ihre Gründungsgeschichte erinnert.

## **6. Die Aufgaben der Stadt**

Aufgabe des Senats ist es, die Voraussetzungen für eine angemessene und professionell gestaltete Erinnerung an die SED-Diktatur zu schaffen. Dazu bedarf es nicht nur einer abgestimmten Konzeption im Sinne der vorgenannten Vorschläge, sondern auch einer organisatorischen Form, in der die vielfältigen Aufgaben, die sich in diesem Zusammenhang stellen, angegangen werden.

Die zuständige Berliner Kulturverwaltung ist aufgerufen, die oben genannte ausführliche Bestandsaufnahme zu erstellen, zu der Vorarbeiten bereits vorliegen. Sie sollte zudem die verschiedenen Kooperationspartner an einen Tisch bringen, um intelligente Lösungen zu entwickeln, von denen am Ende alle etwas haben: Gedenkstätten, Museen, Opferverbände, Vereine, Tourismusorganisationen, Verkehrsbetriebe, private Reiseveranstalter, Verlage und vor allem die betroffenen Bezirke. Eine wichtige Rolle kommt in diesem Zusammenhang dem Arbeitskreis II der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten zu, in dem die wichtigsten Einrichtungen auf diesem Gebiet zusammengeschlossen sind. Nicht zuletzt muss die Regierung des Landes Berlin, zusammen mit dem Bund, die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen schaffen.

Im Ergebnis all dieser Bemühungen könnte eine Topographie der Erinnerung stehen, die dafür sorgt, dass die Geschichte der kommunistischen Diktatur in Deutschland nicht in Vergessenheit gerät.

Berlin, den 23. November 2004

Prof. Manfred Wilke

Leiter Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin

Dr. Hubertus Knabe

Direktor Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen